



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der

57. Sitzung des Gemeinderates

Datum: 19. September 2024
Uhrzeit: 19:04 Uhr - 21:04 Uhr
Ort: in der Aula der Schwarzachthal-Schule Berg
Schriftführer/in: Tanja Warda

Teilnehmer:

1. Bürgermeister	Bergler Peter	
2. Bürgermeister	Lehmeyer Christian	
3. Bürgermeister	Nießlbeck Norbert	
Gemeinderat	Dengler Daniel	
Gemeinderat	Frauenknecht Thomas	
Gemeinderat	Fürst Johann	
Gemeinderat	Geitner Josef	
Gemeinderat	Haas Stefan	
Gemeinderat	Hierl Johannes	
Gemeinderat	Hierl Michael	
Gemeinderätin	Hierl Susanne	
Gemeinderat	Himmler Florian	
Gemeinderat	Mederer Markus	anwesend vor I TOP 2
Gemeinderat	Pöhner Manuel	
Gemeinderat	Sichert Alois	
Gemeinderätin	Späth Erna	
Gemeinderätin	Zaschka Karin	

Entschuldigt:

Gemeinderat	Bogner Hans
Gemeinderat	Braun Alois
Gemeinderat	Lehmeyer Simon
Gemeinderat	Lutz Manfred

Zusätzliche Teilnehmer:

Herr Christopher Nienemann, jb architekten Nürnberg gmbh
Herr Peter Mederer, jb architekten Nürnberg gmbh
Herr Hans Stepper, Neumarkter Tagblatt
Herr Helmut Sturm, Neumarkter Nachrichten

I TOP Öffentliche Sitzung

Der 1. Bürgermeister Peter Bergler eröffnet um 19:04 Uhr die öffentliche Sitzung.
Die Gemeinderatsmitglieder sind ordnungsgemäß geladen und mehrheitlich erschienen.

Vor der Gemeinderatssitzung fand an der Bootsanlegestelle Röthbrücke ein Ortstermin statt.
Die FFW Sindlbach stellte die neue Drohne vor.

Mit der vorgelegten Tagesordnung besteht Einverständnis.

1. Anerkennung des Protokolls der letzten öffentlichen Sitzung vom 18.07.2024

Abstimmungsergebnis: Ja 13 : Nein 0

Abstimmungsbemerkung:

Die Gemeinderatsmitglieder Christian Lehmeier, Norbert Nießbeck und Josef Geitner waren zu dieser Sitzung nicht anwesend.

Gemeinderatsmitglied Markus Mederer ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

2. Bürgerfragestunde (Fragen zu Gemeindeangelegenheiten bzw. Unterbreiten von Anregungen und Vorschlägen durch Einwohner und Bürger der Gemeinde Berg)

Sachverhalt:

Hubert Kerschensteiner aus Berg meldet sich zu Wort und merkt an, dass der gemeinsame Fuß- und Fahrradüberweg in Richtheim am Kreisverkehr (Staatsstraße 2240) durch die Erhöhung der Überfahrkante Gefahren mit sich bringt. Er bittet dort um Maßnahmen, etwa durch eine Abfräsung. Ingenieur Birgmeier ist dieses Problem bereits bekannt. Beim Bau der Überwege sollte laut der damaligen Vorgaben eine Erhöhung von 6 cm für die Querungshilfe erfolgen, als Kompromiss einigte man sich damals auf die jetzt vorhandene Erhöhung von 2 cm. Gemeinderatsmitglied Johannes Hierl findet, dass in größeren Städten eine sichere Querung auch ohne solche Barrieren an den Kanten möglich sei und warum dies in unserer kleinen Kommune nicht auch möglich wäre. Bürgermeister Bergler teilt mit, dies intern nochmals abzuklären

3. Bauleitplanung / Regionalplanung

- 3.1 Beteiligung der Gemeinde Berg bzgl. der Fortschreibung des Regionalplans Regensburg hinsichtlich der Neuaufstellung des Teilabschnitts „Windenergie“ im Kapitel B X Energieversorgung

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 29. Juli 2024 informierte der Regionale Planungsverband Regensburg über den Beschluss seines Planungsausschusses, den Teilabschnitt „Windenergie“ im Kapitel B X Energieversorgung zur Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie neu aufzustellen. Die Gemeinde Berg wird darum gebeten, zu der Fortschreibung des Regionalplans Stellung zu nehmen und Anregungen, Bedenken oder Einwendungen zu begründen.

Gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) ist es Aufgabe der Bundesländer einen prozentualen Anteil der Landesfläche für die Windenergie an Land auszuweisen um im Interesse des Klima- und Umweltschutzes die Transformation zu einer nachhaltigen und treibhausgasneutralen Stromversorgung, die vollständig auf erneuerbaren Energien beruht, durch den beschleunigten Ausbau der Windenergie an Land zu fördern (§ 1 WindBG). In Bayern beträgt dieser prozentuale Anteil gemäß Anlage zu § 3 Abs. 1 des WindBG 1,1 % der Landesfläche bis zum 31. Dezember 2027 und 1,8 % der Landesfläche bis zum 31. Dezember 2032. In Bayern sind die Regionalen Planungsverbände (RPV) mit der Aufgabe der Ausweisung eines prozen-

tualen Anteils der Landesfläche für Windenergie an Land betraut (regionale Teilflächenziele). Hierauf hat sich der Ministerrat in einem Beschluss festgelegt.

Da mit der Änderung der 10H-Regelung im November 2022 die Anforderungen bzgl. der Zulässigkeit von Windenergieanlagen grundsätzlich sanken (Zulässigkeit z. B. auf Flächen an Eisenbahnstrecken oder Autobahnen innerhalb von 500 Metern; Flächen im Wald; etc.) und noch keine rechtsverbindliche Planung des Regionalen Planungsverbands vorlag, entschied sich der Gemeinderat bzw. die Gemeinde Berg dazu, durch die Aufstellung eines sachlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“, die städtebauliche Lenkung im Hinblick auf die Windenergie durch die Ausweisung von Konzentrationszonen als Positivplanung vorzunehmen und so die Wirkung der modifizierten 10H-Regelung zu hemmen. In der Vorabstimmung zur Neuaufstellung des Teilabschnitts „Windenergie“ im Kapitel B X Energieversorgung des Regionalplans teilte die Gemeinde Berg dem Regionalen Planungsverband Regensburg bereits die ausgewiesenen Flächen der Konzentrationszonenplanung mit.

Neben den von der Gemeinde vorgeschlagenen Teilbereichen aus der Konzentrationszonenplanung, würde auch eine Fläche im Osten von Häuselstein (NM1; ca. 4 ha) in die Neufassung des Teilabschnitts des Regionalplans aufgenommen werden.

Eine erste Entwurfsplanung der Gemeinde Berg sah diese Fläche in der ersten Öffentlichkeitsbeteiligung noch vor. Die Fläche entfiel im weiteren Planungsprozess auf Grund der ablehnenden Stellungnahmen eines Gemeindebürgers, einer Nachbargemeinde und eines nicht aus der Gemeinde Berg stammenden Bürgers. Daraufhin wurde die vorgenannte Fläche wegen geringem Flächenbeitrags aus der gemeindeeigenen Planung genommen.

Die weiteren, (zum Teil) auf dem Gemeindegebiet der Gemeinde Berg liegenden Flächen (NM2 und NM3) des Regionalplans spiegeln die Ausweisungen aus dem Teilflächennutzungsplan wider. Lediglich die Fläche „NM3“ erstreckt sich in Richtung Osten und Süden in einem nicht unerheblichen Ausmaß noch auf das Stadtgebiet der Stadt Neumarkt i.d.OPf. und das Gemeindegebiet des Marktes Postbauer-Heng.

Mit der derzeit vorliegenden Regionalplanung wurden im Entwurf insgesamt 163 Vorranggebiete mit einer Fläche von rund 15.537 ha ermittelt, was 3,0 % der Regionsfläche entspricht. In dem vorgenannten Ministerratsbeschluss wurde jedoch bereits die Festlegung von Vorranggebieten über den festgelegten Flächenbeitragswerten empfohlen, da zum einen im Verfahren noch Flächen auf Grund von schwerwiegenden Stellungnahmen entfallen könnten und zum anderen mehrfache aufwändige Planungsprozesse und Abstimmungen in kurzem Abstand vermieden werden sollen.

Die Planungsunterlagen sind unter folgendem Link abrufbar:

https://www.regierung.oberpfalz.bayern.de/service/landes_und_regionalplanung/regionalplanung/index.html

Der Verwaltung liegen keine Informationen bzgl. rechtlich entgegenstehender Belange vor, welche eine ablehnende Stellungnahme zu den geplanten Flächen rechtfertigen könnte. Der Ausbau der erneuerbaren Energien genießt mitunter ein überragendes öffentliches Interesse im Abwägungsprozess der Stellungnahmen.

Zu der östlich zu Häuselstein gelegenen Fläche (NM1) drängt sich kein fachlicher Ablehnungsgrund auf, weshalb die Verwaltung empfiehlt, dass eine etwaige Stellungnahme dem vorgenannten Gemeindebürger, der Nachbargemeinde und dem nicht ortsansässigen Bürger vorbehalten sein sollte.

Die Fläche im Norden zu Bischberg (NM2) spiegelt einen Teilbereich der Konzentrationszone W2 der gemeindeeigenen Planung wider, weshalb eine ablehnende Stellungnahme konträr zu der bisherigen Planung wäre.

Ähnlich verhält es sich mit der Fläche im Süden zu Hausheim (NM3), die den Bereich der Konzentrationszone W5 der gemeindeeigenen Planung widerspiegelt.

Lediglich die geplante Flächenausweisung im Osten und Süden zur gemeindlichen Konzentrationszonenplanung wurde im damaligen Bauleitplanverfahren nicht betrachtet, weil noch nicht vorliegend. Hier drängt sich aber ebenso keine ablehnende Stellungnahme auf, da sich die Flächen auf dem Gemeindegebiet der Stadt Neumarkt i.d.OPf. und des Marktes Postbauer-Heng befinden und mitunter in großen Teilen einen größeren Abstand zum Ort Hausheim aufweisen, als die gemeindeeigene Planung.

Abschließend ist festzustellen, dass die Gemeinde Berg sich ihrer Verantwortung im Rahmen der Energiewende bewusst ist und eine Verdrängung oder ein Nichtstun im Rahmen der Ausweisung von Vorrangflächen für die Windenergie dazu führen könnte, dass die vom Bund ausgerufenen Flächenbeitragswerte nicht erreicht werden und eine vollständige Privilegierung der Windenergie eintritt (sollte das Flächenziel 2027 bzw. 2032 nicht erreicht werden, entfielen die sog. 10H-Regelung und Windkraftanlagen wären grundsätzlich im Außenbereich privilegiert, d. h. allgemein zulässig). Dies hätte erheblich negativere Folgen für Natur- und Landschaftsschutz sowie die Wohnbevölkerung als ein vorausschauendes Handeln in Form der Flächenausweisung von Vorrang- und Konzentrationsgebieten.

Diskussionsverlauf:

Gemeinderatsmitglied Alois Sichert bittet um Mitteilung der genauen Hektarzahlen der Konzentrationszone NM3 für den Bereich der Gemeinde Berg (Bereich Heinrichsbürg).

Beschluss:

Der Gemeinderat hat Kenntnis von dem Verfahren zur Neuauflistung des Teilabschnitts „Windenergie“ im Kapitel B X Energieversorgung zur Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie des Regionalen Planungsverbandes Regensburg. Fachliche Ablehnungsgründe drängen sich nicht auf. Insofern erhebt die Gemeinde Berg keine Einwände gegen die vorliegende Planung. Um eine erneute Beteiligung im Verlauf des Verfahrens wird gebeten. Ein Vortrag bei einem eintretenden, neuen Kenntnisstand bleibt im weiteren Verfahren ausdrücklich vorbehalten.

Abstimmungsergebnis: Ja 15 : Nein 2

4. Umbau Rathaus I zum Haus der Bürger mit Bürgersaal: Vorstellung des Konzepts durch jb architekten gmbh, Nürnberg

Sachverhalt:

Die Architekten Mederer und Nienemann von jb architekten gmbh, Nürnberg stellen das Konzept zum Umbau des Rathauses I zum Haus der Bürger mit Bürgersaal dem Gremium vor. Die Gemeinde Berg plant aktuell konkret den zweiten Teil einer baulichen Maßnahme im Ortskern von Berg mit der Zielrichtung, das bisherige Rathaus I in ein Bürgerhaus mit Bürgersaal umzubauen und dabei eine umfassende Sanierung durchzuführen.

Im Erdgeschoss sind Räume für die Jugendarbeit/Nachbarschaftshilfe, ein Seniorentreff sowie ein großer Jugendraum mit den entsprechenden sanitären Anlagen, ein Behinderten-WC mit Außenzugang zur öffentlichen Nutzung und einer kleinen Teeküche vorgesehen. Im ersten Obergeschoss soll ein großer Bürgersaal entstehen, der als Probenraum des Bläusersinfonieorchesters, für kulturelle Veranstaltungen für bis zu 100 Personen, Vorträge und ähnliche Anlässe genutzt werden soll. Dieser Saal wäre auch für die Gemeinderatssitzungen vorgesehen, die etwa einmal im Monat stattfinden. Räumlichkeiten zur Bewirtschaftung und Lagerung zum Beispiel für Instrumente sowie Stauraum für lose Möblierung sind Teil der Planung. Das Architekturbüro ist auch eng mit den späteren Nutzern wie zum Beispiel dem Bläusersinfonieorchester in Kontakt, um Stauraum z.B für Instrumente und Akustik bestmöglich planen zu können. Nach dem Umbau wäre zudem durch den Einbau eines Aufzugs die bisher fehlende Barrierefreiheit gewährleistet.

Durch die genannten Nutzungen würde ein architektonisch ansprechendes Zentrum für das gesellschaftliche Leben im Ortskern von Berg entstehen, das sinnvolle und bisher nicht vorhandene Möglichkeiten bietet.

Diskussionsverlauf:

Gemeinderatsmitglied Karin Zashka stellt ihre Nachfrage an die Architekten, ob die WC-Anlagen auch für Veranstaltungen wie zum Beispiel das Bürgerfest genutzt werden können. Dies bejaht Bürgermeister Bergler. Weiter fährt sie fort, ob die denkmalgeschützte schwere

Holztüre am Seiteneingang, der als barrierefreier Zugang dienen soll, für Menschen mit Behinderung nicht zu schwer zu öffnen sei. Architekt Peter Mederer teilt mit, dass es gewisse Möglichkeiten eines Öffnungsmechanismus gäbe, die dort integriert werden sollen, um den Zugang ohne große Anstrengung zu ermöglichen. Aufgrund dessen bot sich auch keine Rampe am Haupteingang an, da vorhandene Festlichkeiten (wie das Bürgerfest) mittels Festzelt berücksichtigt wurden. Dadurch wäre der noch verfügbare Platz für eine entsprechend vorgeschriebene Rampe zu klein gewesen.

Zweiter Bürgermeister Christian Lehmeyer äußert Bedenken, ob alle Maßnahmen sowie die Kosten in der Haushaltsplanung berücksichtigt wurden. Dies kann Bürgermeister Bergler bejahen; die Maßnahmen sind in der Finanzplanung mitberücksichtigt.

5. Vollzug der Baugesetze; Bauanträge und Voranfragen

5.1 Neubau einer forstwirtschaftlichen Lagerhalle auf dem Grundstück Fl.-Nr. 1142 der Gemarkung Stöckelsberg

Sachverhalt:

Gemäß Art. 68 Abs. 1 Satz 1 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) ist eine Baugenehmigung zu erteilen, wenn dem jeweiligen Bauvorhaben keine öffentlich-rechtlichen Vorschriften entgegenstehen.

Die Gemeinde prüft im Baugenehmigungsverfahren die gesicherte Erschließung und die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit.

Der Antragsteller beabsichtigt den Bau einer forstwirtschaftlichen Lagerhalle mit 240,00 m². Das zur Bebauung beabsichtigte Grundstück ist im rechtskräftigen Flächennutzungsplan als landwirtschaftliche Fläche dargestellt. Es liegt im Landschaftsschutzgebiet „Rohrenstädter Bachtal“.

Die Erschließung ist gesichert, da das Grundstück einem gemeindlichen Feldweg anliegt.

Eine Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ist laut Bauantragsunterlagen nicht erforderlich.

Die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit ist nach § 35 des Baugesetzbuches (BauGB) zu beurteilen, da sich das Bauvorhaben im baurechtlichen Außenbereich befindet.

Das Bauvorhaben ist laut Schreiben des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Amberg – Neumarkt i.d.OPf. vom 22.07.2024 privilegiert gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, weil es einem forstwirtschaftlichen Betrieb dient und nur einen untergeordneten Teil der Betriebsfläche einnimmt. Herr Niebler bewirtschaftet derzeit rund 10 Hektar Wald, davon befindet sich rund die Hälfte im Eigentum von Herrn Niebler und die restliche Fläche ist von verwandtschaftlicher Seite gepachtet. Zudem beabsichtigt der Antragsteller, seine forstwirtschaftliche Fläche durch weitere Zukäufe zu erweitern. Ein Maschinenpark für die Bewirtschaftung größerer Flächen ist bereits vorhanden. Für diesen wird eine Unterstellmöglichkeit gesucht. Eine entsprechende Hofstelle im Innenbereich ist nicht vorhanden und der gewählte Standort liegt für die vorhandenen Waldflächen günstig.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt dem Bauvorhaben das gemeindliche Einvernehmen.

Der Stellungnahme der Fachstelle Untere Naturschutzbehörde beim Landratsamt Neumarkt i.d.OPf. ist in der weiteren bauaufsichtlichen Prüfung zu beachten.

Abstimmungsergebnis: Ja 17 : Nein 0

- 5.2 Ersatzbau einer bestehenden Scheune als Maschinenhalle/Betriebslager; Errichtung eines Pferdeunterstands am bestehenden Reitplatz; Erweiterung des Carport/Traktorunterstandes und Heulager mit Technikraum für PV-Anlage; Errichtung eines Lagerraums als Erdkeller; Errichtung eines freistehenden Backofen-Häuschens mit Vordach; Errichtung eines Hühnerstalls für max. 10 Hühner mit Auslauf; Pool mit Technikraum, Holzheizung und Wärmepumpe auf dem Grundstück Fl.-Nr. 1541 der Gemarkung Berg

Sachverhalt:

Der Bauantrag wurde bereits als Tagesordnungspunkt 5.1 in der Gemeinderatssitzung vom 16.05.2024 behandelt.

Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB wurde -entgegen dem Beschlussvorschlag der Verwaltung- nicht erteilt.

Laut Schreiben vom 19.07.2024 ist das Landratsamt Neumarkt i.d.OPf. nach Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass das gemeindliche Einvernehmen rechtswidrig versagt worden ist, da die Versagung nicht aus Gründen erfolgte, die sich aus den §§ 31, 33 bis 35 BauGB ergeben. Baurechtlich relevante Ablehnungsgründe wurden in der Sitzung des Gemeinderates am 16.05.2024 nicht explizit erläutert. Aus diesem Grund erwägt das Landratsamt Neumarkt i.d.OPf., das gemeindliche Einvernehmen zu ersetzen.

Der Gemeinderat hat nun die Möglichkeit, die bauplanungsrechtlichen Gründe für die Ablehnung, die sich aus den §§ 31, 33 bis 35 BauGB ergeben müssen, zu erläutern oder dem Bauvorhaben, wie bereits in der Beschlussvorlage zur Sitzung des Gemeinderates vom 16.05.2024 empfohlen, das gemeindliche Einvernehmen zu erteilen.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt dem vorliegenden Bauantrag das gemeindliche Einvernehmen. Es wird jedoch klargestellt, dass bei zukünftigen Bauvorhaben (auch etwaigen nachzugenehmigenden Bauvorhaben) der Außenbereich im Sinne des Baugesetzbuchs weitestgehend von weiterer Bebauung freigehalten werden soll und demnach eine gemeindliche Ablehnung in Betracht gezogen wird.

Abstimmungsergebnis: Ja 9 : Nein 8

- 5.3 Umbau und Sanierung eines Wohnhauses mit Nutzungsänderung in ein Dreifamilienhaus mit Garage und Carport auf dem Grundstück Fl.-Nr. 1730/39 der Gemarkung Berg in Berg

Sachverhalt:

Das bestehende Einfamilienhaus soll saniert und zu einem Mehrfamilienhaus mit 3 Wohneinheiten umgebaut werden. Die ursprüngliche Planung, die im Oktober 2023 als Bauvoranfrage im Gemeinderat behandelt und abgelehnt wurde, enthielt 3 Vollgeschosse und 4 Wohneinheiten. Das Objekt wurde wie vom Gemeinderat empfohlen nochmals umgeplant auf 2 Vollgeschosse und enthält nur noch 3 Wohneinheiten.

Das Grundstück liegt nicht im Geltungsbereich eines gültigen Bebauungsplanes, daher richtet sich die Zulässigkeit des Bauvorhabens nach § 34 BauGB.

Das Bauvorhaben fügt sich aufgrund der Geschossigkeit in die Eigenart der näheren Umgebung ein. Das Gebäude hat eine Firsthöhe von 6,51 m, in der Nachbarschaft gibt es ein Zweifamilienhaus mit Satteldach, welches eine Firsthöhe von 9,93 m aufweist. Als Dachform wurde wegen der geplanten Photovoltaikanlage ein Flachdach gewählt, es sind in der weiteren Umgebung bereits mehrere Gebäude mit Flachdach ausgeführt worden.

Die Nachbarunterschriften liegen alle vor, außer die von der derzeit in den USA lebenden Nachbarin.

Durch den geplanten Abbruch und anschließenden Neubau der Garage verliert diese ihren Bestandsschutz. Die neue Garage löst Abstandsflächen aus, da die Garage die zulässige mittlere Wandhöhe von 3 Metern nach Art. 6 Abs. 7 BayBO überschreitet. Daher wurde von den An-

tragstellern ein Antrag auf Abweichung von den Abstandsflächenvorschriften gestellt, welchem die betroffene Nachbarin mit der Flur-Nummer 1730/37 der Gemarkung Berg auch zugestimmt hat. Die Entscheidung über die Abweichung von den Abstandsflächenvorschriften liegt beim Landratsamt Neumarkt.

Zudem haben die Antragsteller einen Antrag auf isolierte Abweichung von Art. 48 BayBO bezüglich der Barrierefreiheit eines Geschosses von Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen wegen der vorhandenen baulichen Gegebenheiten der Bestandsgebäude und der Geländeverhältnisse gestellt. Für die Entscheidung über diese Abweichung ist das Landratsamt zuständig, da es sich um eine Abweichung von einer bauordnungsrechtlichen Vorschrift handelt.

Ausreichend Stellplätze nach Garagen- und Stellplatzverordnung wurden nachgewiesen. (2 Garagenstellplätze und 5 Carportstellplätze). Die erforderliche Länge der Zu- und Abfahrten zwischen den Carports und der öffentlichen Verkehrsfläche von 3,0 m wird unterschritten. Die Beurteilung der Unterschreitung obliegt der unteren Straßenverkehrsbehörde beim Landratsamt.

Die Erschließung ist gesichert durch Bestand.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt dem Bauvorhaben hinsichtlich der von der Gemeinde zu prüfenden Belange (Einfügen in den im Zusammenhang bebauten Ortsteil sowie Erschließung) das gemeindliche Einvernehmen.

Abstimmungsergebnis: Ja 17 : Nein 0

- 5.4 Neubau zweier Doppelhaushälften mit Carport - Doppelhaus West - auf den Grundstücken Fl.-Nr. 855/6 und 855 der Gemarkung Berg in Berg

Sachverhalt:

Für das Bauvorhaben wurde bereits eine Bauvoranfrage gestellt, die als Tagesordnungspunkt 3.4 in der Gemeinderatssitzung vom 20.06.2024 behandelt wurde. Das gemeindliche Einvernehmen wurde in Aussicht gestellt.

Das geplante Bauvorhaben befindet sich im Geltungsbereich des qualifizierten Bebauungsplanes „Innere Sandn (Deckblatt Nr. 1)“.

In jedem Doppelhaus ist 1 Wohneinheit vorgesehen. Der Baukörper der beiden Doppelhaushälften ohne Carport und Stellplätze hat im Grundriss Außenmaße von 20,02 x 7,99 Metern, die maximale Höhe des Gebäudes beträgt 10,39 m. Als Dachform ist ein Satteldach mit einer Neigung von 40° geplant.

Für die beiden Doppelhaushälften sind ein Carport und 3 Stellplätze geplant, die Anzahl der Stellplätze ist damit gemäß den Festsetzungen des Bebauungsplanes ausreichend.

Aus den Planunterlagen sind folgende Abweichungen zu den Festsetzungen des Bebauungsplanes festzustellen:

- Dachneigung 40 Grad statt 28 – 36 Grad
- Satteldach: grau bis anthrazit statt rot
- Kniestock 0,77 m – lt. Bebauungsplan bei II Vollgeschossen unzulässig
- Wandhöhe 7,04 m statt 6,50 m
- Carport und Nebengebäude sind in Dachform, Dachneigung und Dachdeckung nicht dem Hauptgebäude angepasst.
- Garagen und Nebengebäude sind außerhalb der im Bebauungsplan festgesetzten Grundstücksflächen (Zukauf eines Teilstücks des angrenzenden Grundstücks mit der Flurnummer 855 der Gemarkung Berg)
- Mindestgröße Baugrundstück mit Zukauf nur 579 m² statt 780 m²
- Baugrenze wird nördlich und westlich überschritten
- GFZ II 0,63 statt 0,6

In den Jahren 2011 und 2013 wurden bei vergleichbaren Bauanträgen zur Errichtung von zwei Mehrfamilienhäusern auf den Flurnummern 857 und 857/3 Befreiungen hinsichtlich der Grundflächenzahl, der Grundstücksfläche, der Geschossflächenzahl, der Zahl der Vollgeschosse, der

Dachneigung, des Kniestockes, der Wandhöhe, der Stellplätze und der Baugrenzen erteilt. Auch hinsichtlich der Firsthöhe weisen die genannten Referenzobjekte höhere Höhen auf. Mit den Bauantragsunterlagen wurde vom Antragsteller nachgewiesen, dass es bei dem Dachgeschoss um kein drittes Vollgeschoss handelt. Die Erschließung ist gesichert.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt dem Bauvorhaben das gemeindliche Einvernehmen.

Die Befreiung von den genehmigungshindernden Festsetzungen des Bebauungsplanes „Innere Sandn (Deckblatt Nr. 1)“ wird erteilt.

Abstimmungsergebnis: Ja 17 : Nein 0

5.5 Neubau zweier Doppelhaushälften mit Carport - Doppelhaus Ost - auf den Grundstücken Fl.-Nr. 855/6 und 855 der Gemarkung Berg in Berg

Sachverhalt:

Für das Bauvorhaben wurde bereits eine Bauvoranfrage gestellt, die als Tagesordnungspunkt 3.4 in der Gemeinderatssitzung vom 20.06.2024 behandelt wurde. Das gemeindliche Einvernehmen wurde in Aussicht gestellt.

Das geplante Bauvorhaben befindet sich im Geltungsbereich des qualifizierten Bebauungsplanes „Innere Sandn (Deckblatt Nr. 1)“.

In jedem Doppelhaus ist 1 Wohneinheit vorgesehen. Der Baukörper der beiden Doppelhaushälften ohne Carport und Stellplätze hat im Grundriss Außenmaße von 20,02 x 7,99 Metern, die maximale Höhe des Gebäudes beträgt 10,39 m. Als Dachform ist ein Satteldach mit einer Neigung von 40° geplant.

Für die beiden Doppelhaushälften sind ein Carport und 3 Stellplätze geplant, die Anzahl der Stellplätze ist damit gemäß den Festsetzungen des Bebauungsplanes ausreichend.

Aus den Planunterlagen sind folgende Abweichungen zu den Festsetzungen des Bebauungsplanes festzustellen:

- Dachneigung 40 Grad statt 28 – 36 Grad
- Satteldach: grau bis anthrazit statt rot
- Kniestock 0,77 m – lt. Bebauungsplan bei II Vollgeschossen unzulässig
- Wandhöhe 7,04 m statt 6,50 m
- Carport und Nebengebäude sind in Dachform, Dachneigung und Dachdeckung nicht dem Hauptgebäude angepasst.
- Garagen und Nebengebäude sind außerhalb der im Bebauungsplan festgesetzten Grundstücksflächen (Zukauf eines Teilstücks des angrenzenden Grundstücks mit der Flurnummer 855 der Gemarkung Berg)
- Mindestgröße Baugrundstück mit Zukauf nur 579 m² statt 780 m²
- Baugrenze wird nördlich und westlich überschritten
- GFZ II 0,63 statt 0,6

In den Jahren 2011 und 2013 wurden bei vergleichbaren Bauanträgen zur Errichtung von zwei Mehrfamilienhäusern auf den Flurnummern 857 und 857/3 Befreiungen hinsichtlich der Grundflächenzahl, der Grundstücksfläche, der Geschossflächenzahl, der Zahl der Vollgeschosse, der Dachneigung, des Kniestockes, der Wandhöhe, der Stellplätze und der Baugrenzen erteilt. Auch hinsichtlich der Firsthöhe weisen die genannten Referenzobjekte höhere Höhen auf.

Mit den Bauantragsunterlagen wurde vom Antragsteller nachgewiesen, dass es bei dem Dachgeschoss um kein drittes Vollgeschoss handelt.

Die Erschließung ist gesichert.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt dem Bauvorhaben das gemeindliche Einvernehmen.

Die Befreiung von den genehmigungshindernden Festsetzungen des Bebauungsplanes „Innere Sandn (Deckblatt Nr. 1)“ wird erteilt.

Abstimmungsergebnis: Ja 17 : Nein 0

- 5.6 Antrag auf Vorbescheid: Errichtung einer Garage auf dem Grundstück Fl.-Nr. 1049 der Gemarkung Berg

Sachverhalt:

Die Antragstellerin beabsichtigt die Errichtung einer Garage (8,0 m x 4,0 m) als Ergänzung zur bereits vorhandenen Bebauung in Großwiesenhof. Um vorab die baurechtliche Zulässigkeit abzuklären, wurde ein Antrag auf Vorbescheid gestellt.

Das Grundstück ist als Außenbereich gemäß § 35 BauGB einzustufen, der grundsätzlich von Bebauung freizuhalten ist.

Im Jahr 2019 wurde durch die Stadt Neumarkt i.d.OPf. auf dem angrenzenden Grundstück im Gebiet der Stadt Neumarkt i.d.OPf. der Bauantrag zum Gebäudebestand am Großwiesenhof bezüglich des Ausbaus und der Nutzungsänderung einer Scheune in ein Schulungshaus genehmigt.

Die Baugenehmigung für die 3 Tiny-Häuser auf dem Grundstück mit der Flur-Nummer 1049 der Gemarkung Berg wurde das Landratsamt Neumarkt i.d.OPf. am 07.11.2022 erteilt, da festgestellt wurde, dass es sich bei der Errichtung der Tiny-Häuser als Aufenthaltsmöglichkeiten für die Gäste des Schulungshauses wohl um eine bauliche Erweiterung eines durch die Baugenehmigung der Stadt Neumarkt i.d.OPf. zulässigerweise im Außenbereich errichteten gewerblichen Betriebs handelt, die auch im Verhältnis zum vorhandenen Gebäude und Betrieb angemessen ist.

Die geplante Garage soll zusätzlichen Parkraum für die Gäste des Schulungshauses schaffen, die in den Tiny-Häusern übernachten und stellt somit ebenfalls eine bauliche Erweiterung eines zulässigerweise errichteten gewerblichen Betriebes gem. § 35 Abs. 4 Nr. 6 BauGB dar, da die Garage im Verhältnis zu den vorhandenen Gebäuden und zum vorhandenen Betrieb angemessen ist.

Die verkehrstechnische Erschließung ist gesichert, da sich das Grundstück an einer öffentlichen Straße befindet.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt dem vorliegenden Antrag auf Vorbescheid das gemeindliche Einvernehmen.

Falls erforderlich, muss die gesicherte Wasserver- und Abwasserentsorgung im Rahmen eines späteren Baugenehmigungsverfahrens nachgewiesen werden.

Abstimmungsergebnis: Ja 17 : Nein 0

- 5.7 Antrag auf Vorbescheid: Bau einer landwirtschaftlichen Maschinenhalle mit untergeordneter gewerblicher Nutzung auf dem Grundstück Fl.-Nr. 201 der Gemarkung Oberölsbach

Sachverhalt:

Gem. Art. 68 Abs. 1 Satz 1 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) ist eine Baugenehmigung zu erteilen, wenn dem jeweiligen Bauvorhaben keine öffentlich-rechtlichen Vorschriften entgegenstehen.

Die Gemeinde prüft im Baugenehmigungsverfahren die gesicherte Erschließung und die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit.

Der Antragsteller beabsichtigt den Bau einer landwirtschaftlichen Maschinenhalle mit untergeordneter gewerblicher Nutzung mit den Maßen 21,50 m x 13,00 m (279,50 m²). Die Maschinen-

halle soll laut Antragsteller im Wesentlichen landwirtschaftliche Funktionen übernehmen, es ist auch angedacht, elektrische Speicher zu erstellen, um Elektrotraktoren zu laden.

Das zur Bebauung beabsichtigte Grundstück ist im rechtskräftigen Flächennutzungsplan als landwirtschaftliche Fläche dargestellt. Es liegt im Landschaftsschutzgebiet „Sindlbachtal“. Die gesicherte Erschließung ist gegeben, da das Grundstück an der Gemeindeverbindungsstraße Oberölsbach – Irleshof anliegt.

Eine eventuell benötigte Wasserver- und Abwasserentsorgung muss in einem zukünftigen Baugenehmigungsverfahren nachgewiesen werden.

Die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit richtet sich nach § 35 des Baugesetzbuches (BauGB), das sich das Bauvorhaben im baurechtlichen Außenbereich befindet.

Es wäre möglich, dass sich für das Bauvorhaben eine land- bzw. forstwirtschaftliche Privilegierung gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB ergibt, wenn es einem land- bzw. forstwirtschaftlichen Betrieb dient. Diese Prüfung nimmt im Rahmen der Prüfung des Antrages auf Vorbescheid derzeit parallel das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vor. Sollte sich eine entsprechende Privilegierung ergeben und auch das Sachgebiet „Naturschutz“ am Landratsamt keine Einwände auf Grund der Situierung im Landschaftsschutzgebiet vorbringen, erscheint das Bauvorhaben zulässig, da sich ein Entgegenstehen von der Gemeinde zu prüfenden, öffentlichen Belangen nicht aufdrängt bzw. nicht ersichtlich ist.

Die Nachbarzustimmung wurde nicht eingeholt.

Diskussionsverlauf:

Gemeinderatsmitglied Erna Späth stellt die Nachfrage zu der angegebenen Nutzung „untergeordneter gewerblichen Nutzung“. Bürgermeister Bergler teilt mit, dass der Antragsteller als Lohnunternehmer tätig sei und wohl die Nutzung der Maschinenhalle auch den hierfür gewerblich nötigen Maschinen dient.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt dem Antrag auf Vorbescheid das gemeindliche Einvernehmen. Den Stellungnahmen der Fachstellen (AELF und SG „Naturschutz“) ist in der weiteren bauaufsichtlichen Prüfung ein entsprechender Augenmerk zu verleihen.

Abstimmungsergebnis: Ja 16 : Nein 1

- 5.8 Antrag auf Vorbescheid: Nutzungsänderung von einem Carport zu einem Pferdestall mit Lager auf dem Grundstück Fl.-Nr. 907 der Gemarkung Häuselstein in Wün-
richt

Sachverhalt:

Dem Antragsteller wurde mit Bescheid vom 12.07.2018 u.a. ein Carport mit Pultdach mit den Außenmaßen von 15,80 m x 10,76 m und einer Höhe von 3,80 m bis 4,35 m genehmigt.

Bei einer Ortseinsicht der Bauaufsichtsbehörde am 04.06.2024 wurde festgestellt, dass die Errichtung des genehmigten Carports planabweichend und nicht nutzungskonform ausgeführt wurde. Die Ausführung erfolgte mit den Maßen von ca. 14,30 m x 10,44 m. Des Weiteren wurde das Vorhaben mittels eines versetzten Pultdaches ausgeführt welches folgende Höhen aufweist: Traufe 1 – 3,70 m, Traufe 2 – 3,80 m, Mitte – 4,30 m. Ferner wurde bei der Baukontrolle festgestellt, dass die Nutzung des Carport nicht plankonform aufgenommen wurde. Es handelt sich hierbei um einen Pferdestall mit vier Boxen und zusätzlichem Heulager.

Mit Antrag vom 17.07.2024 hat der Antragsteller beim Landratsamt einen Antrag auf Vorbescheid eingereicht, um die Nutzungsänderung baurechtlich, tierschutzrechtlich, wasserschutzrechtlich und immissionsschutzrechtlich prüfen zu lassen. Laut Antragsteller ist das Gebäude an einen privilegierten Landwirt verpachtet. Es sollen an der langen Seite des Gebäudes vier Pferdeboxen mit den Maßen 3,5 m x 3,5 m untergebracht werden. Jede Box soll eine Tür nach außen (Richtung Westen) erhalten, damit die Pferde selbstständig einen kleinen Auslauf betreten können. Ein weiterer Auslauf wäre laut Antragsteller auf dem Flurstück 910 möglich, welches direkt hinter dem Haus gelegen ist und schon seit vielen Jahren von den verschiedensten Pfer-

debesitzern als Pferdekoppel genutzt wurde. Der Bereich des Gebäudes, der nicht als Pferdebox genutzt wird, würde als Lager- und Abstellplatz für landwirtschaftliche Gerätschaften dienen.

Das betroffene Grundstück liegt im Innenbereich in einem Gebiet ohne Bebauungsplan und grenzt an das Landschaftsschutzgebiet "Rohrenstädter Bachtal" an. Die Zulässigkeit des Vorhabens richtet sich nach § 34 BauGB. Die Eigenart der näheren Umgebung entspricht der eines Dorfgebietes. Das Bauvorhaben fügt sich in die Eigenart der näheren Umgebung ein, da bereits Pferdehaltung und Landwirtschaft in Wünricht vorhanden ist.

Die Zufahrt ist gesichert durch die Lage an der gemeindlichen Ortsstraße von Wünricht.

Die Wasserver- und Abwasserentsorgung ist durch Bestand gesichert.

Die Nachbarunterschriften wurden nicht eingeholt.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt dem Antrag auf Vorbescheid hinsichtlich der von der Gemeinde zu prüfenden Belange (Einfügen in den im Zusammenhang bebauten Ortsteil sowie Erschließung) das gemeindliche Einvernehmen.

Den Stellungnahmen der Fachstellen (AELF, Veterinäramt, SG „Naturschutz“, SG „Wasserrecht“, SG „Immissionsschutz“,) ist in der weiteren bauaufsichtlichen Prüfung ein entsprechendes Augenmerk zu verleihen.

Abstimmungsergebnis: Ja 17 : Nein 0

- 5.9 Errichtung einer Terrassenüberdachung und einer Lounge-Überdachung auf dem Grundstück Fl.-Nr. 568 der Gemarkung Oberölsbach in Unterölsbach

Sachverhalt:

Das Bauvorhaben liegt im Geltungsbereich des qualifizierten Bebauungsplanes „Im See“.

Die Antragsteller planen am bestehenden Einfamilienhaus eine Terrassenüberdachung mit den Maßen 8,20 m x 4,00 m zu errichten. Außerdem soll die Lounge-Ecke in der südöstlichen Ecke des Grundstückes überdacht werden (Größe der Überdachung 3,30 m x 3,30 m).

Es wurden folgende Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes beantragt:

- Die Terrassenüberdachung überschreitet die Baugrenze im Süd-Osten teilweise.
- Die Terrassenüberdachung soll aus Kostengründen mit PVC statt mit eingefärbten Wellplatten eingedeckt werden.
- Die Lounge-Überdachung liegt außerhalb der Baugrenze.

Die erforderlichen Befreiungen berühren nicht die Grundzüge des Bebauungsplanes und sind städtebaulich vertretbar. Die Nachbarunterschriften liegen alle vor. Die Erschließung ist gesichert durch Bestand.

Außerdem haben die Antragsteller einen Antrag auf isolierte Abweichung von den Abstandsvorschriften gestellt, da durch die geplante Lounge-Überdachung die maximal zulässige Grenzbebauung von 15 m laut Bayerischer Bauordnung um 0,60 m überschritten wird. Die beiden betroffenen Nachbarn haben der Abweichung zugestimmt. Für die Entscheidung über die Abweichung ist das Landratsamt zuständig, da es sich um eine bauordnungsrechtliche Vorschrift handelt.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt dem Bauantrag das gemeindliche Einvernehmen. Die erforderlichen Befreiungen von den genehmigungshindernden Festsetzungen des Bebauungsplanes „Im See“ werden erteilt.

Abstimmungsergebnis: Ja 17 : Nein 0

5.10 Bauangelegenheiten in laufender Verwaltung - Gemeinderat zur Kenntnis

Sachverhalt:

Lfd. Nr.	Bauvorhaben	Einvernehmen erteilt
46-2024	Antrag auf Verlängerung einer Baugenehmigung: Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Nebengebäude auf dem Grundstück Fl.-Nr. 1266/5 der Gemarkung Sindlbach in Langenthal	ja
39-2024	Neubau eines Carports auf dem Grundstück Fl.-Nr. 663/1 der Gemarkung Loderbach in Riebling	ja
45-2024	Erweiterung um ein Nebengebäude und einen Wintergarten auf dem Grundstück Fl.-Nr. 2187 der Gemarkung Hausheim in Rührersberg	ja
47-2024	Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage auf dem Grundstück Fl.-Nr. 159 der Gemarkung Stöckelsberg in Stöckelsberg	ja
48-2024	Errichtung eines Balkons auf dem Grundstück Fl.-Nr. 1 der Gemarkung Haimburg in Haimburg	ja

6. Vergaben - Sanierungsmaßnahmen bei Friedhöfen der Gemeinde Berg

6.1 Wegesanierung Friedhof Gnadenberg

Sachverhalt:

Der Umfang der Bauarbeiten umfasst im Wesentlichen den Ausbau von 160 m² Pflaster, den Aushub von 140 m³ Erdmaterial und die Herstellung von 250 m² Betonpflaster mit den entsprechenden Tragschichten. Des Weiteren werden 16 Urnengrabstellen neu errichtet und die Treppenanlage saniert, sowie eine Rampe für den barrierefreien Zugang wird geschaffen.

Die Kosten für die beschlossenen Baumaßnahmen wurden im Vorfeld der Ausschreibung mit der gegebenen Entwurfsplanung auf 92.433,25 € geschätzt.

Insgesamt haben 11 Firmen eine Angebotsanfrage abgegeben.

Zum Zeitpunkt der Submission am 12.09.2024 lagen der Verwaltung 4 Angebote vor.

Das Angebot der Firma Kahl aus Schmidgaden mit 83.084,02 € liegt mit 8.478,04 €, d.h. um 9,17% unter der Kostenberechnung von 92.433,25 €.

Diskussionsverlauf:

Gemeinderatsmitglied Daniel Dengler erkundigt sich, ob auch der Grüngut-Container am Friedhof im Zuge der Sanierung einen neuen besseren Standort erhalten wird. Als neuen Standort schlägt er den Platz an der geplanten Rampe vor. Ingenieur Birgmeier hat Kenntnis davon und gibt an, im Rahmen des Sanierungsfortschrittes einen geeigneten Standort für den Container zu finden.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt der Firma Kahl aus Schmidgaden den Auftrag für die Sanierungsarbeiten im Friedhof Gnadenberg mit einer Bruttoauftragssumme in Höhe von 83.084,02 €.

Abstimmungsergebnis: Ja 17 : Nein 0

6.2 Wegesanieierung Friedhof Oberrohrenstadt

Sachverhalt:

Der Umfang der Bauarbeiten umfasst im Wesentlichen den Ausbau von 140 m² Pflaster, den Aushub von 70 m³ Erdmaterial und die Herstellung von 180 m² Betonpflaster mit den entsprechenden Tragschichten. Des Weiteren werden 9 Urnengrabstellen neu errichtet und eine Wegedrainage mit einer Länge von 150 m verlegt. Hinzu kommt noch die Erneuerung der Stufenanlagen mit insgesamt 26 Stufen.

Die Kosten für die beschlossenen Baumaßnahmen wurden im Vorfeld der Ausschreibung mit der gegebenen Entwurfsplanung auf 72.989,73 € geschätzt.

Insgesamt haben 9 Firmen eine Angebotsanfrage angefragt.

Zum Zeitpunkt der Submission am 12.09.2024 lagen der Verwaltung 3 Angebote vor.

Das Angebot der Firma Kahl aus Schmidgaden liegt mit 2.224,22 €, d. h. um 2,96 % unter der Kostenberechnung von 75.213,95 €.

Information zur Tiefendrainage:

Für die Verlegung der Tiefendrainage durch die Firma Strabag haben sich Gesamtkosten in Höhe von 121.264,21 € ergeben. Ursprünglich waren die Kosten hierfür auf 115.000,00 € veranschlagt. Die Kostenmehrung begründet sich zum einen damit, dass die Drainage zur Fassung der Hangwässer 4,25 m tief, statt 3,50 m, gelegt werden musste und oberhalb der ersten Grabreihe im neuen Friedhof ebenfalls eine Drainage eingebaut wurde.

Diskussionsverlauf:

Gemeinderatsmitglied Florian Himmler teilt mit, dass im Leichenhaus im Moment Gießkannen und Geräte zur Grabpflege gelagert werden. Er bittet im Zuge der Sanierung um die Errichtung eines kleinen Gerätehäuschens am Friedhof, um die Geräte und Kannen dort zu lagern.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt der Firma Kahl aus Schmidgaden den Auftrag für die Sanierungsarbeiten im Friedhof Oberrohrenstadt mit einer Bruttoauftragssumme in Höhe von 72.989,73 €.

Abstimmungsergebnis: Ja 17 : Nein 0

6.3 Bekanntgabe: Wegesanieierung Friedhof Stöckelsberg - Vorabmaßnahme

Sachverhalt:

Friedhofsanieierung Stöckelsberg (Vorwegmaßnahme)

Es wurden fünf Leistungsverzeichnisse am 05.08.2024 an Firmen mit der Bitte um Abgabe eines Angebotes verschickt.

Im Vorfeld wurden die Bauarbeiten für die Zuwegungen mit der Stützmauer bei den Erdgräbern auf 16.636,20 € brutto geschätzt.

Zum 05.09.2024 lagen der Gemeindeverwaltung drei Angebote vor.

Das Angebot der Firma Schaller liegt um 1.417,29 €, d. h. um 8,51 % unter der Kostenschätzung. Der Auftrag wurde zwischenzeitlich von der Verwaltung an die Firma Schaller erteilt.

7. Antrag der SPD Fraktion auf Einstellung eines/-r Auszubildenden zum/-r Verwaltungsfachangestellten mit Ausbildungsbeginn September 2026

Sachverhalt:

Die SPD Fraktion hat einen Antrag auf Einstellung eines/-r Auszubildenden zum/-r Verwaltungsfachangestellten für das Ausbildungsjahr 2026 gestellt.

Der Antrag wurde wie folgt begründet:

- aus verschiedensten Gründen wurden Mitarbeiter für die Gemeindeverwaltung rekrutiert, da Verwaltungsfachangestellte auf dem Arbeitsmarkt schwer bis gar nicht verfügbar seien.

- Quereinsteiger*innen können sich durch Weiterbildungen/Schulungen Wissen aneignen, jedoch könne dies sehr kostenintensiv sein.
- In den kommenden Jahren werden in der Kommune Verwaltungsfachangestellte benötigt werden.
-

Daher beantragt die SPD Fraktion die Einstellung eines/-r Auszubildenden zum/-r Verwaltungsfachangestellten für den 1. September 2026. Die Stelle soll im Herbst 2025 ausgeschrieben werden und 2026 in den Personalplan aufgenommen werden.

Des Weiteren wird beantragt, dass im Jahr 2025 ein/-e Mitarbeiter/-in der Gemeindeverwaltung die Ausbildereignungsprüfung ablegen soll.

Diskussionsverlauf:

Gemeinderatsmitglied Markus Mederer stellt die Nachfrage, ob der/die Auszubildende/n auch in der Bedarfsplanung berücksichtigt wird. Der Erste Bürgermeister teilt mit, dass mit Renteneintritt von Frau Gisela Gottschalk im Jahr 2030 der Bedarf vorhanden sei.

Beschluss:

Die Gemeinde Berg wird die Einstellung eines/r Auszubildenden zum/r Verwaltungsfachangestellten im Frühjahr 2025 zum 1. September 2026 ausschreiben.

Abstimmungsergebnis: Ja 17 : Nein 0

8. Bekanntgaben der Verwaltung, Anfragen der Gemeinderatsmitglieder und Verschiedenes

- 8.1 Information Fahrt zum Erntedankfest nach Walce

Sachverhalt:

Bürgermeister Bergler informiert, dass die geplante Fahrt zur Partnergemeinde Walce in Oberschlesien zum diesjährigen Erntedankfest aufgrund der aktuellen Hochwasserlage der dort umliegenden Gemeinden nicht stattfinden kann.

Gemeinderatsmitglied Karin Zashka stellt die Nachfrage, ob der Partnergemeinde seitens der Gemeinde Berg Unterstützung angeboten werden könnte.

Bürgermeister Bergler teilt mit, dass bereits Unterstützung zugesagt sei, diese im Moment nicht benötigt werde, da bisher nur die umliegenden Gemeinden betroffen seien.

- 8.2 Sachstand Sanierung Torbogen Gnadenberg

Sachverhalt:

Der Erste Bürgermeister informiert, dass die Arbeiten am Torbogen in Gnadenberg voraussichtlich in der Kalenderwoche 41 zum 7.10.2024 beginnen sollen. Die Ingenieur- und Planungsgesellschaft Lerzer ING+Plan GmbH wartet noch auf die Ergebnisse der Ausschreibung und hofft, dass der Start in KW 41 klappt. Ingenieur Birgmeier teilt mit, dass auch das Fundament durch den Unfall geschädigt wurde und deshalb bisher kein Baufortschritt verzeichnet werden konnte.

- 8.3 Kostenübersicht Beachvolleyballplatz und Erweiterungen in Sindlbach

Sachverhalt:

Der Erste Bürgermeister teilt mit, dass der Beachvolleyballplatz sowie eine Sommerstockbahn und ein Pickleballplatz am 3. Oktober 2024 am Sportheim in Sindlbach eröffnet werden können. Er bedankt sich bei allen Helfern, die die Projekte weitestgehend in Eigenleistung erbaut haben. Die Maßnahmen können statt der geplanten Förderung von 8.000 € nun doch mit 10.000 € im Rahmen der Kleinprojektförderung bezuschusst werden.

8.4 Eröffnung AWO Kinderhaus "Vogelnest" Stöckelsberg und KiTa "St.Marien" Berg

Sachverhalt:

Pünktlich zum Kindergartenjahr wurden die KiTa Berg „St. Marien“ mit 2 Krippen- und 2 Kindergartengruppen und das AWO „Vogelnest“ in Stöckelsberg mit 1 Kindergarten- 1 Krippengruppe fertiggestellt. Der erste Bürgermeister informiert, dass die offizielle Eröffnung mit Einweihung der KiTa Berg am Samstag, den 26. Oktober ab 13:30 Uhr stattfinden wird. Die Eröffnung und Einweihung des AWO Kinderhauses „Vogelnest“ in Stöckelsberg ist am Mittwoch, den 27. November von 14:30 bis 17:00 Uhr.

8.5 Jugendarbeit der Gemeinde Jugendtreff

Sachverhalt:

Der erste Bürgermeister informiert, dass er im Beisein der Berger Jugendpflegerin Selina Donhauser am Mittwochnachmittag den Jugendtreff in der Hauptstraße (ehem. Hirschmann-Anwesen) eröffnet hat. Die 13 Jugendlichen haben sich einen ersten Eindruck in den noch teils leeren Räumlichkeiten verschafft. Ein Aufruf, nach der Jugendbürgerversammlung in der der Treff bereits thematisiert wurde, über Einrichtungsgegenstände, Pflanzen und Möbel im kommenden Mitteilungsblatt ist geplant. Das Jugendbüro von Selina Donhauser ist in die Räumlichkeiten bereits mit umgezogen. Der Treff soll vorerst mittwochs von 16 bis etwa 19 Uhr für alle Kinder und Jugendlichen der Gemeinde öffnen. Bei guter Frequentierung würde der Betrieb, der derzeit bis Dezember 2024 befristet ist, bis zum Ende der Sanierung des Rathauses I in diesen Räumlichkeiten fortgeführt und ausgebaut werden. Bisher sind zwei Bewerbungen für die Betreuung im Jugendtreff bei der Verwaltung eingegangen, eine Bewerberin hat ihre Bewerbung wieder zurückgezogen, ein Vorstellungsgespräch steht noch aus.

8.6 Sachstand: Antrag von Auto Marx vom Oktober 2021 und Änderung des Bebauungsplans "Äußere Sandn"

Sachverhalt:

Gemeinderatsmitglied Alois Sichert stellt seine Nachfrage zum aktuellen Sachstand des Antrages von Auto Marx im Oktober 2021 zur Erweiterung des Werkstattgebäudes auf den Grundstücken Fl.-Nr. 871/3 und 910 der Gemarkung Berg in Berg sowie zur Änderung des Bebauungsplans „Äußere Sandn“ mit der Errichtung einer Lärmschutzwand vom März 2024. Weiter äußert er den Wunsch eines vor Ort Termins, um dem Gremium ein Bild der Sachlage zu ermöglichen.

Bürgermeister Bergler teilt mit, dass ein Termin mit Frau Huber vom Landratsamt, die für Planungs- und Bauangelegenheiten zuständig ist, stattfinden wird. Gerne kann dieser Termin auch mit den Gremiumsmitgliedern vor Ort realisiert werden.

8.7 Hochwasserschutz Wallerbach Ober- Unterwall

Sachverhalt:

Gemeinderatsmitglied Stefan Haas informiert, dass aufgrund der letzten Starkregenereignisse, der Wallerbach regelmäßig über die Ufer treten würde. Diese Unwetter würden auch einen massiven Schotterabgang der Bankette mit sich bringen. Er schlägt vor, dass von Seiten der Gemeinde ein Ortstermin mit den Bürgern anberaumt wird.

Bürgermeister Bergler bietet an, beim Amt für ländliche Entwicklung nachzufragen, ob eventuell über das Konzept „bodenständig“ Maßnahmen erfolgen könnten.

8.8 Verkehrssicherheit Bäume in Unterölsbach

Sachverhalt:

Gemeinderatsmitglied Daniel Dengler teilt dem Gremium mit, dass die Bäume an der Ortsdurchfahrt sehr weit in die Straße hängen und somit die Verkehrssicherheit behindert. Er bittet um einen Rückschnitt der Bäume.

8.9 Glascontainer in der Schulstraße

Sachverhalt:

Dritter Bürgermeister Norbert Nießlbeck teilt mit, dass für die Glascontainer in der Schulstraße, die durch den Bau der KiTa nicht mehr an dem alten Standort aufgestellt werden können, ein neuer Standort gesucht werden müsse. Erster Bürgermeister Bergler schlägt als neuen Standort einen Platz in der Schulstraße Richtung Sportheim am Ortsrand vor.

8.10 Verkehrssicherheit: Parksituation in der Winkelstraße

Sachverhalt:

Dritter Bürgermeister Norbert Nießlbeck teilt mit, dass Anwohner in der Winkelstraße bereit wären, für extra geschaffene Parkplätze eine Stellplatzmiete zu bezahlen, um die Verkehrs- und Parksituation eventuell dort zu entschärfen.

8.11 Verkehrssicherheit Bäume/Sträucher Sindlbach

Sachverhalt:

Gemeinderatsmitglied Michael Hierl teilt mit, dass in der Sindlbacher Hauptstraße und dem Kindergarten die Verkehrssicherheit am Gehweg durch zugewachsene Bäume/Sträucher beeinträchtigt sei und bittet diese zurückzuschneiden.

8.12 Pflege der Grünanlagen der Gemeinde

Sachverhalt:

Der zweite Bürgermeister Christian Lehmeyer informiert das Gremium, dass die Grünanlagen der Gemeinde wie zum Beispiel der Friedhöfe und der Sophie-Scholl-Park ungepflegt seien. Er regt an, einen Gärtner im Bauhof einzustellen oder einen Rentnertrupp, wie es ihn schon einmal gegeben hat, zu engagieren, die sich dann um die Pflege öffentlicher Grünanlagen der Gemeinde kümmern.

Bürgermeister Bergler teilt mit, dass zwar der Maschinenring hierfür eingesetzt wird, jedoch nur zweimal im Jahr. Je nach Arbeitsaufwand sind die Kosten hierfür um die 30.000 €. Er befürwortet den Einsatz eines „Rentnertrupps“ falls sich jemand hierfür finden würde, was er jedoch bezweifelt. Weiter teilt er mit, dass eine Vollzeit- und eine Halbtageskraft bei der Pflege aller Grünanlagen der Gemeinde wohl gut beschäftigt wären.

8.13 Pumptrack Anlage

Sachverhalt:

Gemeinderatsmitglied Karin Zashka erkundigt sich nach der Errichtung der Sitzgelegenheiten mit Unterstand am neuen Pumptrack in Berg.

Ingenieur Birgmeier teilt mit, dass die Maßnahmen Mitte Oktober umgesetzt werden.

Peter Bergler
1. Bürgermeister

Tanja Warda
Schriftführerin